

ÄGYPTEN

Gegenkandidaturen sind erlaubt



Diesmal gibt's was zu wählen. Zum ersten Mal seit 53 Jahren haben sich mehrere Kandidaten zur Wahl für den Posten des Präsidenten aufstellen lassen.

(Foto: version)

Erstmals lässt das ägyptische Regime mehrere Kandidaten zu den Präsidentschaftswahlen zu. Ein Sieg Mubaraks gilt dennoch als sicher.

Wenn die Ägypter am 7. September darüber abstimmen, wer ihr Präsident werden soll, haben sie diesmal tatsächlich eine Wahl. Erstmals seit Gamal Abdul Nasser mit den Freien Offizieren 1952 die Macht ergriff und den von den Briten gestützten König absetzte, haben sich mehrere Kandidaten für das Präsidentenamt beworben. Der seit 1981 regierende Hosni Mubarak geht dabei als klarer Favorit in das Rennen.

Dennoch könnte es spannend werden. Denn Mubarak muss 50 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang erhalten, sonst kommt es zur Stichwahl. Und diese Mehrheit könnte er angesichts der zehn Gegenkandidaten durchaus verfehlen. Insbesondere Noaman Gomaa von der Partei Wafd (Delegation) und Ayman Nour von der Ghad (Morgen) werden Chancen eingeräumt. Sie sind Teil der Bewegung Kifaya (Genug), die seit über einem Jahr die Allmacht des Präsidenten kritisiert. Die meisten Gruppen dieser Bewegung werden die Wahlen jedoch boykottieren.

Es war nicht leicht, dem 77jährigen Diktator am Nil ein bisschen Demokratisierung abzutrotzen. Noch vor zwei Jahren schienen Demonstrationen gegen das Regime undenkbar. Die Gruppen, die später die Kifaya-Bewegung bilden sollten, organisierten zunächst Proteste zur Intifada und zum Irak-Krieg. Damit kritisierten sie indirekt auch Mubaraks gute Beziehungen zu Israel und seine zögerliche Ablehnung der US-amerikanischen Invasion im Irak. Zum

direkten Angriff kam es im Dezember 2004. Rund 500 Menschenrechtler, Linke, Liberale und Islamisten demonstrierten in Kairo gegen die Vererbung des Präsidentenamts. Damals sah es noch so aus, als werde Mubaraks Sohn das Amt von seinem Vater übernehmen. Seitdem hat die Bewegung regelmäßig Aktionen gegen das Regime organisiert.

Langsam anlaufender Protest

In seiner Wahlkampfereignisrede hat Mubarak nun versprochen, über die Abschaffung des Informationsministeriums nachzudenken. Eine unabhängige Behörde soll dann die Regulierung der Presse übernehmen. Auch die Justiz soll unabhängiger werden. Mubarak will die Frauenquote im Parlament erhöhen und denkt über die Aufhebung der Ausnahmegesetze nach, die seit dem Attentat auf seinen Vorgänger Anwar al-Sadat im Jahr 1981 in Kraft sind.

Alles nur Worte, so die Überzeugung vieler Mitglieder der Kifaya-Bewegung. Die Aufhebung der Ausnahmegesetze etwa werde kaum eine Veränderung bringen. Denn vieles davon habe längst seinen Weg in die zivile Gesetzgebung gefunden, die Einschränkung der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zum Beispiel.

Zudem hat der Umgang des Regimes mit den Protesten gegen Mubarak gezeigt, wie schwer es der Regierung immer noch fällt, kritische Meinungsäußerungen zuzulassen. Im Mai bat die Regierung zu einem Referendum, um die Ver-

fassungsänderung absegnen zu lassen, die die Aufstellung mehrerer Präsidentschaftskandidaten zulässt. Allerdings muss jede Kandidatur von 250 Parlamentariern genehmigt werden, die Abgeordneten gehören aber zu 87 Prozent der regierenden Nationalen Demokratischen Partei an.

Als sich vor allem Frauen am 25. Mai zu einer Demonstration gegen das Referendum versammelten, wurden sie und beobachtende Journalistinnen von organisierten Banden angegriffen, zu Boden gerissen, sexuell belästigt und

teilweise auf der Straße entkleidet. Kaum jemand bezweifelte, dass die NDP die Angreifer geschickt hatte.

Insbesondere der US-Regierung kam der Vorfall wenig gelegen. Ihr gilt Ägypten als positives Beispiel für die angestrebten Demokratisierungsprozesse im Nahen Osten. Erst zwei Tage vor dem Referendum hatte First Lady Laura Bush den ägyptischen Präsidenten gelobt. Doch nun sah sich der US-Präsident persönlich genötigt, ein Machtwort zu sprechen. Er rief Mubarak an und erläuterte ihm, wie Demokratie funktioniert: "Die Opposition muss Fernsehzeit bekommen. Den Leuten muss erlaubt sein, Schilder zu tragen und ihre Zustimmung oder Kritik auszudrücken."

Geteilte Meinung über die USA

Das ägyptische Regime hielt sich bis zum 30. Juli daran. Nachdem der Präsident seine neuerliche Kandidatur erklärt hatte, ging die Kifaya-Bewegung wieder auf die Straße. Die Polizei verhaftete Dutzende, darunter die prominentesten Kifaya-Mitglieder. Zwei Tage später kamen sie alle wieder frei. Diesmal hatte das US-Außenministerium eingegriffen.

Trotzdem streiten viele in der Kifaya-Bewegung den Einfluss der USA ab. Nach Ansicht des Kifaya-Aktivistin Amin Iskander wirkt der Einfluss eher umgekehrt: Wenn sich die ägyptische und die US-amerikanische Regierung gut verstehen, nimmt die Repression zu. Wie viele andere Oppositionelle sieht er die Ereignisse am 25. Mai als Folge der lobenden Worte Laura Bushs. Anders sieht man das in der liberalen Ghad-Partei. Ghad-Mitglied Hisham Qassim sagte der regierungsfinanzierten Zeitung Al-Ahram Weekly: "80 Prozent der politischen Freiheit sind das Ergebnis des Drucks aus den USA."

Solche Äußerungen spiegeln die politischen Unterschiede innerhalb der Protestbewegung. Linke, Islamisten und arabische Nationalisten wollen auf keinen Fall etwas

mit den USA zu tun haben. Ihre Klientel lässt sich durch solche Unterstellungen abschrecken. Anders ist das bei den Liberalen, die von prowestlichen Geschäftsleuten gewählt werden wollen. Die Wahlprogramme der Ghad- und der Wafd-Partei fordern nicht nur die Abschaffung der Ausnahmegesetzgebung, sondern auch eine Reduzierung der Staatsausgaben.

Auch deshalb ist es fraglich, ob sie große Teile der Bevölkerung für sich gewinnen können. Denn schon heute leiden viele darunter, dass Sozialleistungen abgeschafft wurden. Nach Privatisierungen von Staatsbetrieben haben viele ihren Job verloren. Inoffiziellen Schätzungen zufolge soll die Arbeitslosigkeit bei 20 Prozent liegen. Zwar versprechen einige Kandidaten mehr soziale Gerechtigkeit und ein Ende der Privatisierungen, doch werden ihnen kaum Chancen eingeräumt. Viele Ägypter wollen am 7. September aber auch deshalb für Mubarak stimmen, weil sie den anderen das Regieren nicht zutrauen.

Trotzdem scheint sich Mubarak seines Siegs nicht sicher zu sein. So soll er den Muslimbrüdern versprochen haben, zahlreiche ihrer inhaftierten Mitglieder freizulassen, sollte die verbotene Organisation seine Wahl unterstützen. Die Islamisten weisen solche Deals allerdings weit von sich. Wie die linke Tagammu und die Nasseristen haben sie zum Wahlboykott aufgerufen. Allerdings debattieren die drei Gruppen noch, ob sie nicht doch zur Wahl von Ghad oder Wafd aufrufen sollten. Vor allem die Haltung der Muslimbrüder könnte das Ergebnis stark beeinflussen. Als sie 1984 die Wahl der Wafd unterstützten, gewann diese 58 Sitze. Heute stellt sie nur vier Abgeordnete.

Hannah Wettig

Avis

MINISTERE DES TRANSPORTS

SERVICE DE LA NAVIGATION AVIS D'ADJUDICATION

PUBLIQUE

Le mardi, 28 septembre 2005 à 11.00 heures, il sera procédé au Service de la Navigation (36, rte de Machtum, L-6753 Grevenmacher) à l'ouverture de la soumission publique relative à

la fourniture d'une pompe d'assèchement mobile à haut débit.

Le dossier de soumission est dès à présent disponible auprès du secrétariat du Service de la Navigation, 36, route de Machtum, L-6753 Grevenmacher (réservation obligatoire par fax au No: 758822).

Les offres conformes aux prescriptions des articles 51

à 64 du règlement grand-ducal du 7 juillet 2003 portant exécution de la loi du 30 juin 2003 concernant le régime des marchés publics de travaux et de fournitures et portant l'inscription: "Soumission pour ..." doivent se trouver au secrétariat du Service de la Navigation (Boîte postale 8, L-6701 GREVENMACHER) avant l'heure fixée pour l'ouverture.

BOURSES POUR ETUDES EN FRANCE

Le ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche désire porter à la connaissance des étudiants que le gouvernement français offre des bourses pour des études de niveau Master 2 (DEA - DESS) et

doctorat à dominante scientifique et économique ainsi que pour des études en classes préparatoires, en ingénierie et architecture.

Les bourses seront mises en place à partir du 1er janvier 2006

La date-limite de soumission des dossiers est fixée au 30 septembre 2005.

Les dossiers de candidature en vue de l'obtention d'une bourse du gouvernement français peuvent être demandés au

Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche
Département
Enseignement supérieur
18-20, montée de la Pétrusse
L-2912 Luxembourg
Tél: 478 5135